

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Tourismuspolitik

Nr. 222/15 vom 22. Mai 2015

Hartmut Hamerich zu TOP 38: Bäderbahn erhalten

Die Rede wurde zu Protokoll gegeben!

Wir hören von dieser Landesregierung Tag ein Tag aus, dass der Tourismus in Schleswig-Holstein gestärkt und modernisiert werden muss. Das Schleswig-Holstein noch attraktiver werden muss für Kurzzeiturlauber, dass die Nebensaison gestärkt werden muss.

Auch wollen Sie Pendler von der Straße auf die Schiene holen.

das sind alles unterstützenswerte Ziele.

Nur kann ich diese Ziele nicht in Verbindung bringen mit dem von dieser Landesregierung favorisierten Rückbau der Bäderbahn in Ostholstein. So ist diese doch der Garant, das Rückgrat in der Bäder-Region Ostholstein, Um mehr Touristen, mehr Kurzschnellere nach Ostholstein zu bringen. Schon heute ist die A1 eine Hochfrequenzstrecke, die durch fehlende Bahnangebote noch weiter belastet werden würde.

Schleswig-Holstein kann es sich aus meiner Sicht als Flächenland nicht erlauben, auf dieses Stück regionaler Schieneninfrastruktur zu verzichten. Das gilt umso mehr, weil diese eine Voraussetzung für die Bestellung eines qualitativ hochwertigen Nahverkehrs sowie für die flächendeckende Erschließung Ostholsteins.

Um die Leistungsfähigkeit der Schieneninfrastruktur zu erhalten, können wir als Union einer Stilllegung oder Rückbaumaßnahme deshalb nicht so ohne

weiteres zustimmen.

der Neubau der zweigleisigen Schnellstrecke für den Bahnverkehr nach Dänemark darf nicht dazu führen, dass die alte eingleisige Trasse zwischen Lübeck und Neustadt stillgelegt wird. Wir wollen das entgegen des Letter of Intent und auch entgegen der jetzigen Planungen die Bestandsstrecke weiter als Bäderbahn im Nahverkehr genutzt werden kann. Wir brauchen diese lokale Bahn vor allen Dingen für die weitere touristische Entwicklung des Tagestourismus, aber auch für die vielen Tausend Pendler von und nach Hamburg und Lübeck. Ohne den Erhalt der Bestandsstrecke müssen zudem von den Kommunen Zubringerbusse zu den neuen Haltestellen außerhalb der Orte finanziert werden.

Ich bin als Ostholsteiner der Überzeugung, dass die Attraktivität Ostholstein als Wohnquartier und als Tourismusdestination wegen dieser ortsfernen Bahnhalte leiden wird.

Deshalb ist es aus meiner Sicht unerlässlich, dass der Landtag geschlossen für eine 2 + 1-Variante eintritt, um die Bahn zu konkreten Festlegungen zu bewegen.

Der ostholsteinische Landrat, Reinhard Sager, und der Hauptgeschäftsführer der IHK zu Lübeck, Lars Schöning, haben im Wirtschaftsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages die Ergebnisse des Fachbeitrags der Hanseatic Transport Consultancy (HTC) präsentiert, der wesentliche Argumente für den Erhalt der Bäderbahn geliefert hat.

So hätte eine Verlagerung der Bahnhöfe, beispielsweise von Scharbeutz und Timmendorf aus den Orten an die Autobahn nur Nachteile zur Folge.

Die Fehmarn-Belt-Querung schafft eine Wachstumsachse zwischen Hamburg, Lübeck und der Oeresund-Region.

Deshalb brauchen wir die Neubaustrecke.

Aber Ostholstein soll auch profitieren.

Deshalb ist die Bestandsstrecke unerlässlich.

Das schließt aber natürlich ein, dass Aspekte der Regionalverträglichkeit im Abwägungsfall höher bewertet werden müssen als Kostenaspekte.

Nicht zu vergessen die Belange der Tourismuswirtschaft und der Pendler sowie die Gewährleistung eines optimalen Lärmschutzes auf der gesamten Strecke.

Und deswegen fordern wir auch, dass ein Betriebskonzept, das in dem Fachbeitrag des Kreises Ostholstein enthalten ist, so weit möglich in die weiteren Planungen mit einbezogen werden. Wir wollen im Wirtschaftsausschuss noch einmal mit der Landesregierung, den Vorhabenträgern, den Kommunen vor Ort und der DB Netz über die Auswirkungen auf den ÖPNV in Ostholstein beraten.

Ich jedenfalls kann keine Automatismus erkennen, der eine Stilllegung und

Entwicklung einfach ermöglicht. Wir wollen als CDU einen starken ÖPNV in Ostholstein, der der Tourismusregion weitere Zukunftschancen eröffnet und attraktiv für Familien bleibt, die in Lübeck oder Hamburg arbeiten.
Ich beantrage Überweisung in den Wirtschaftsausschuss.